



Green New Deal

Für eine gerechtere Gesellschaft

17/51

Uns geht's ums Ganze.
www.gruene-bundestag.de

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
BUNDESTAGSFRAKTION



Inhalt

Vorwort, S. 3

Klima- und Biodiversitätskrise, S. 6

Finanz- und Wirtschaftskrise, S. 16

Armuts- und Gerechtigkeitskrise, S. 26

Der Green New Deal

Fukushima, Hungerkrise in Somalia, Schuldenkrise in der Europäischen Union – die oft atemlose Jagd vom jeweils schlagzeilenträchtigsten Problem zum nächsten verdeckt, dass unsere Welt heute zeitgleich drei Krisen erlebt: die Finanz- und Wirtschaftskrise, die Klima- und Biodiversitätskrise und die Armuts- und Gerechtigkeitskrise. Sie stehen in starken Wechselbeziehungen zueinander.

Hinter dem Green New Deal steht die Einsicht, dass wir diese Herausforderungen nur zusammen angehen und lösen können:

- » *weil es gemeinsame Ursachen gibt – wie die Fixierung auf kurzfristige Renditen in unserem Wirtschaftssystem;*
- » *weil eine politische Antwort auf die Krisen die verschiedenen Interessen aufnehmen muss – von der Sorge der Menschen hierzulande um ihre Arbeitsplätze bis hin zum Recht der Entwicklungsländer auf eine bessere Zukunft;*
- » *und weil uns ein ernst gemeinter ökologischer Aufbruch hilft, schneller, besser und zukunftsorientierter aus der aktuellen Wirtschaftskrise herauszukommen – mit guten, zukunftsfähigen Jobs und einer nachhaltigen Perspektive.*

Wer die Krisen gegeneinander ausspielt, wer meint, Antworten auf den Klimawandel oder die globale Armut und Ungleichheit wegen der Finanzkrise aufschieben zu können, der wird scheitern.

Mit dem Green New Deal liegt ein konkretes Konzept auf dem Tisch, was heute getan werden kann und getan werden muss. Der Green New Deal zeigt: Es geht!

Der Green New Deal beschreibt ein umfassendes Maßnahmenpaket, das die Ökologisierung der Wirtschaft und einen neuen sozialen Ausgleich in den Mittelpunkt stellt und so wirtschaftliche Entwicklung und neue Arbeitsplätze schafft. Erst der Bezug der Maßnahmen aufeinander macht den Charakter des Green New Deals aus. Er bezieht sich auf Krisenursachen und setzt sowohl auf Innovationen, als auch auf neue soziale und ökologische Regeln. Er hat drei Säulen:

- » *die Regulierung der Finanzmärkte, die die hemmungslosen Spekulationen beendet und die Finanzmärkte wieder in den Dienst realer wirtschaftlicher Entwicklung stellt;*
- » *die ökologische Neuausrichtung der Wirtschaft als ressourcensparende Ökonomie auf Basis erneuerbarer Energien;*
- » *den neuen sozialen Ausgleich, der Verteilungsgerechtigkeit mit Zugangsgerechtigkeit verbindet.*

Der Green New Deal hat eine lokale, nationale, europäische, und globale Dimension. Er ist auf der Werteebene in das Konzept des „Grünen Neuen Gesellschaftsvertrages“ eingebunden. Ordnungspolitisch ist er ein Teil der Grünen Marktwirtschaft. Der Green New Deal beschreibt eine Strategie wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Transformation. Er verlangt nach vielfältigen Investitionen in unser Bildungssystem, in Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit.

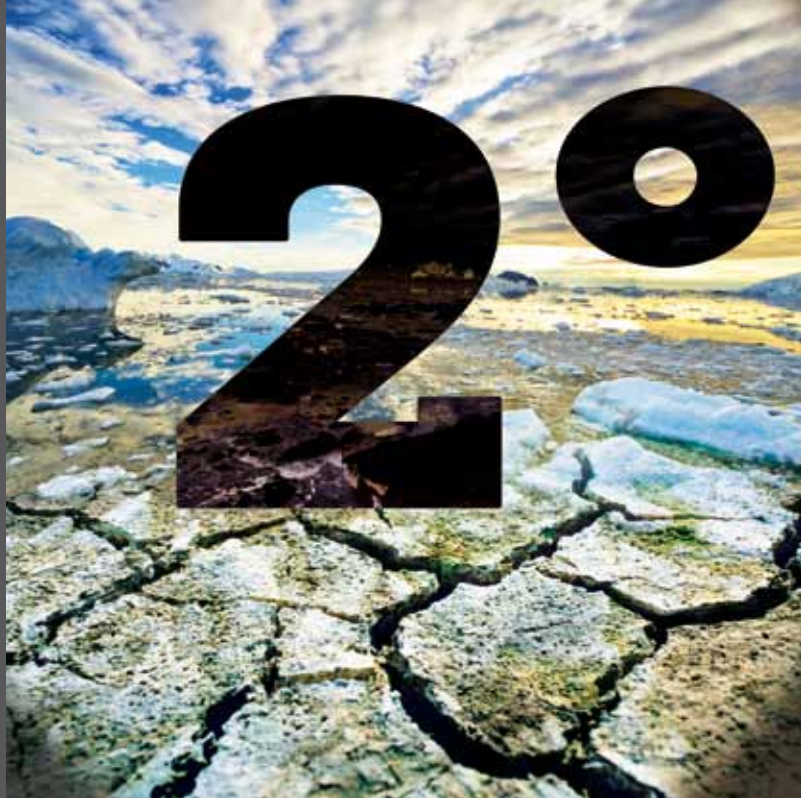
Klima- und Biodiversitätskrise

Auf der Erde ist es bereits heute um durchschnittlich 0,74 Grad Celsius wärmer als vor der Industrialisierung. Das vergangene Jahr 2010 war nicht nur global das wärmste jemals gemessene, es war auch das Jahr mit der zweithöchsten Zahl an Naturkatastrophen. Über 850 der registrierten Naturkatastrophen waren wetterbedingte Ereignisse wie Stürme, Unwetter oder Überschwemmungen.

Erwärmt sich die Erde stärker als zwei Grad, ist die Gefahr groß, dass Kippunkte im Klimasystem überschritten werden. Zusätzliche Mengen an Treibhausgasen würden dann freigesetzt (zum Beispiel aus aufgetauten Permafrostböden) und das Klima würde völlig aus den Fugen geraten. Um die Erwärmung auf höchstens zwei Grad zu begrenzen, müssen die globalen Emissionen allerspätestens 2020 ihren Gipfel erreicht haben und danach rasch absinken. Dafür muss Deutschland seine Treibhausgase bis 2020 um mindestens 40 Prozent und bis 2050 um mindestens 90 Prozent senken.

Zum Weiterlesen:

*Klimaschutzgesetz vorlegen – Klimaziele verbindlich festschreiben
(Bundestagsdrucksache 17/132)*



Erderwärmung auf 2 Grad begrenzen!

KEIN NEUBAU VON KOHLEKRAFTWERKEN



Foto: Fotolia

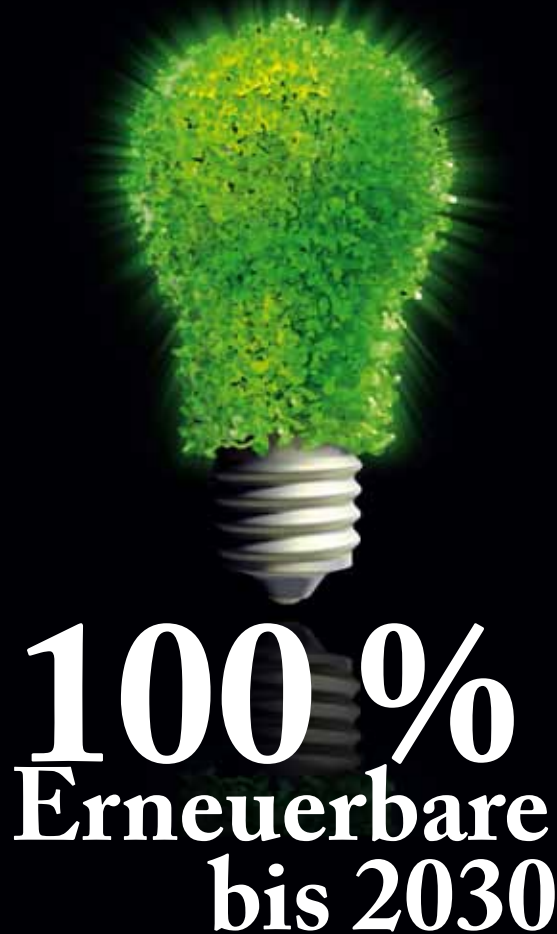
Klima- und Biodiversitätskrise

Kohlekraftwerke sind die klimaschädlichste Form der Stromerzeugung. Sie stoßen Unmengen des Klimagases CO₂ aus und sind wahre Energieverschwender. Selbst hochmoderne Anlagen lassen mehr als die Hälfte der eingesetzten Energie ungenutzt als Abwärme verpuffen. Kohlekraftwerke, die das klimaschädliche CO₂ abscheiden sollen (CCS-Kraftwerke), würden – wenn überhaupt – frühestens nach 2020 verfügbar sein und den Wirkungsgrad der Kohlekraftwerke auf das Niveau der 1950er Jahre zurückwerfen.

Neue Kohlekraftwerke passen wegen ihrer mangelnden Flexibilität auch nicht zum Ausbau der erneuerbaren Energien, stattdessen zementieren sie die alten Energieerzeugungsstrukturen für Jahrzehnte. Trotzdem soll nach Plänen der Bundesregierung der Neubau von Kohlekraftwerken in den nächsten Jahren mit Millionensummen subventioniert werden. Mit neuen Kohlekraftwerken werden aber Fakten geschaffen, die eine weitere Absenkung der CO₂-Emission nach 2020 in Deutschland kaum mehr möglich machen. Wir setzen stattdessen auf den konsequenten Ausbau der Erneuerbaren sowie auf Effizienz und Energieeinsparung.

Zum Weiterlesen:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundes-Immissionschutzgesetzes (Bundestagsdrucksache 17/156)



Klima- und Biodiversitätskrise

Mit dem vollständigen Umstieg auf Strom aus Wind, Sonne, Wasserkraft, Biomasse und Erdwärme, möglichst bereits bis 2030, beenden wir die Abhängigkeit von importierten fossilen und nuklearen Brennstoffen. Wir senken so ohne Kohle und Atom die CO₂-Emissionen drastisch, sorgen für technische Innovationen und mobilisieren Investitionen in eine zukunftsfähige Energieversorgung, die Hunderttausende neue Arbeitsplätze schafft.

Dafür wollen wir die Erfolgsgeschichte des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) weiter vorantreiben, verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen in erneuerbare Energien schaffen und für einen transparenten und bürgernahen Ausbau von Netzen und Speichern sorgen. Durch Innovation und Massenfertigung sinken die Kosten für Ökostrom stetig, während fossile Brennstoffe zunehmend teurer werden. Bereits in wenigen Jahren wird Strom aus erneuerbaren Energien daher kostengünstiger erzeugt werden können, als der konventionelle Strommix.

Zum Weiterlesen:

*Erneuerbare Energien ausbauen statt Atomkraft verlängern
(Bundestagsdrucksache 17/799)*

Klima- und Biodiversitätskrise

Im Verkehrsbereich wollen wir ein Minus von 30 Prozent der CO₂-Emissionen bis 2020 gegenüber 1990 erreichen. Dies bedeutet eine Einsparung von 45 Millionen Tonnen CO₂. Indem wir außerdem die Energiebasis für den gesamten motorisierten Verkehr bis 2040 komplett auf erneuerbare Energien umstellen, verringern wir spürbar unsere Abhängigkeit vom Erdöl. Dies kann durch die Vermeidung unnötiger Transporte, durch eine Verlagerung auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel, durch eine effizientere Verkehrsorganisation und durch Verbrauchsreduktionen bei den Verkehrsmitteln erreicht werden.

Dazu wollen wir bis 2020 unter anderem den Verkehrsanteil auf der Schiene und den Anteil des Umweltverbunds aus Fuß- und Radverkehr, Carsharing und öffentlichem Verkehr verdoppeln. Zu einer klimafreundlichen Mobilität gehört darüber hinaus der Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur in den Städten und im ländlichen Raum.

Zum Weiterlesen:

Strategie für Klimaschutz im Verkehr vorlegen

(Bundestagsdrucksache 17/4040)



Artenschwund stoppen!



Klima- und Biodiversitätskrise

Biologische Vielfalt und damit funktionierende Ökosystemdienstleistungen bedeuten Wohlstand und Lebensqualität. Doch der Verlust der biologischen Vielfalt schreitet voran, angetrieben durch steigenden Flächenverbrauch, Landschaftszerschneidung und hemmungslose Übernutzung und Verschmutzung der Ressourcen. Wir wollen den Schutz der Artenvielfalt (Biodiversität) als Querschnittsthema in allen relevanten Ressorts verankern sowie alle wichtigen Gesetze auf Vereinbarkeit mit der nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt hin prüfen. Bis 2020 sollen außerdem mindestens fünf Prozent der deutschen Waldflächen der natürlichen Entwicklung überlassen und wenigstens 80 Prozent nach hochwertigen ökologischen Standards zertifiziert werden. Auf zehn Prozent der Landesfläche wollen wir ein zusammenhängendes Biotopverbundsystem schaffen. Zum Schutz der biologischen Vielfalt wollen wir außerdem bis 2020 den täglichen Flächenverbrauch auf unter 30 Hektar verringern.

Zum Weiterlesen:

*Biodiversität national und international konsequent schützen
(Bundestagsdrucksache 17/2005)*



Verdoppelung der Leistung

*Dieselbe Wirtschaftsleistung mit der
Hälfte der Rohstoffe bis 2020 erbringen.*

Klima- und Biodiversitätskrise

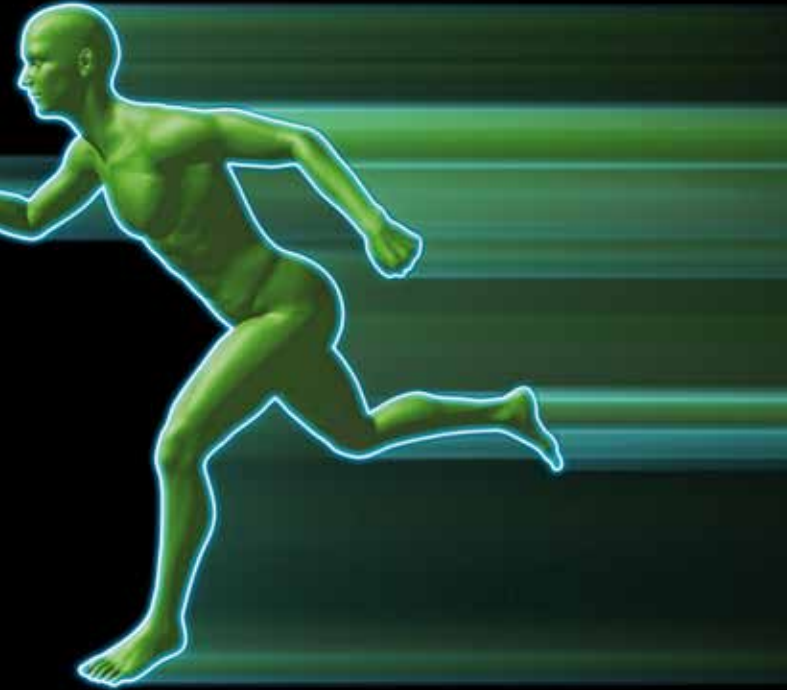
Warme Häuser, Transport, die Bereitstellung von Produkten und Dienstleistungen – das alles kann mit besseren, energiesparenden Technologien geschehen. Weil die Einsparpotenziale in der Industrie, in Gebäuden und bei Elektrogeräten so gigantisch sind, wird Energieeffizienz auch der „schlafende Riese“ genannt. Laut Umweltministerium könnten wir 19 Milliarden Euro Energiekosten einsparen, 77 Millionen Tonnen CO₂ vermeiden und 260.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Energieeffizienz ist ein Motor unserer Wirtschaft, der aber durch die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung ins Stocken geraten ist. Wir wollen den Motor wieder durchstarten und einen Energiesparfonds mit drei Milliarden Euro jährlich auflegen. Die Technik alleine wird nicht ausreichen. Wir alle können mitmachen! Beispielsweise betreiben wir in Deutschland zwei Großkraftwerke, nur um den Strom für elektrische Geräte zu produzieren, die im Stand-by-Modus sind.

Zum Weiterlesen:

Der grüne Energiesparfonds – Energiekosten senken, Klimaschutz stärken, Arbeitsplätze schaffen (Fraktionsbeschluss vom 24. Mai 2011)

Top-Runner-Prinzip:

Das umweltverträglichste und energiesparendste Produkt gibt den Standard vor. Alle anderen Anbieter müssen in vorgegebener Zeit diesen Standard erfüllen.



Finanz- und Wirtschaftskrise

Damit die besten energiesparenden Produkte künftig den Standard vorgeben, wollen wir den Top-Runner-Ansatz einführen. Das Top-Runner-Modell wurde erstmals in Japan umgesetzt. Derzeit gibt es über 50 Länder, die Mindesteffizienzstandards eingeführt haben.

Die Waschmaschine mit dem geringsten Wasserverbrauch oder der energiesparendste Fernseher werden zum Standard erhoben, der von den anderen Produkten der Produktgruppe erreicht werden muss. Dazu wird den Herstellern eine Frist eingeräumt. Kann ein Hersteller nach Ablauf der Frist nicht die neuen Effizienzstandards erfüllen, so drohen ihm, je nach Ausgestaltung des Gesetzes, Strafzahlungen oder sogar ein Verkaufsverbot.

So fördert der Top-Runner-Ansatz den technischen Fortschritt und beschleunigt die Verbreitung von umweltfreundlichen Technologien.



Neue Jobs in Zukunftsfeldern



Finanz- und Wirtschaftskrise

Wir stehen vor der Aufgabe, jetzt konsequent die Transformation zu einer emissionsarmen und ressourcensparenden Wirtschaftsweise zu organisieren. Nur so können die Folgen des Klimawandels begrenzt werden. Und nur so kann Deutschland als Industrieland auch künftig im globalen Wettbewerb erfolgreich sein.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz steht exemplarisch hierfür. Durch dieses Marktanzreizprogramm wurde ein internationaler Leitmarkt geschaffen, der Technologieentwicklung ebenso wie neue Geschäftsmodelle befördert hat. Bis zum Jahr 2020 werden in der Folge mehr als 400.000 neue Arbeitsplätze entstehen.

Im gesamten Bereich der ökologischen Erneuerung sind seit 1998 viele neue Arbeitsplätze entstanden. Diesen Jobboom wollen wir verstärken und die ökologische Modernisierung beschleunigen. Die ökologische Modernisierung wird zur ökonomischen Modernisierung. Der Blaumann muss grün werden, damit er eine Zukunft hat.

Bankenabgabe & Finanzmarktsteuer

Bei Rettungsaktionen für Staaten und Banken Profiteure zur Verantwortung ziehen.



Finanz- und Wirtschaftskrise

Die Banken müssen für ihre Krise zahlen, und wir brauchen endlich schlagkräftige Regeln für Banken und Finanzmärkte, damit die Zockerei im Finanzcasino aufhört. Das wäre echte Vorsorge. Mit einer Umsatzsteuer auf alle Finanztransaktionen wollen wir für einen fairen Beitrag der Kapitalbranche am Gemeinwesen sorgen. Es ist nicht gerecht, wenn für jeden Brötchenkauf Umsatzsteuer Pflicht ist, für Transaktionen auf den Finanzmärkten aber nicht.

Darüber hinaus fordern wir eine wirkungsvolle Bankenabgabe, um für zukünftige Krisen Vorsorge zu treffen. Die Bankenabgabe der Regierung ist nur ein Feigenblatt für ihre eigene Untätigkeit. Sie ist ungeeignet und ungerecht. Weder werden die Banken an den Kosten der Krise beteiligt, noch reicht die Bankenabgabe zur Vorsorge für zukünftige Krisen.

Bei bestenfalls einer Milliarde Euro Einnahmen pro Jahr wäre frühestens in 30 Jahren so viel Geld zusammen, wie jetzt die Rettung von Commerzbank und Hypo Real Estate gekostet hat. Nach dem Muster der Abgabe dürfte in den nächsten 30 bis 40 Jahre keine Finanzkrise mehr kommen.

Zum Weiterlesen:

*Mehr Markt und mehr Staat – für stabile Finanzmärkte
(Fraktionsbeschluss vom 15. Juli 2010)*



Umweltverbrauch ist nicht kostenlos!

Ökologische Finanzreform fortsetzen und umweltschädliche Subventionen abbauen.

Finanz- und Wirtschaftskrise

Die Idee einer grünen ökologischen Finanzreform ist einfach: Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen. Wer umweltfreundlich produziert und konsumiert, soll weniger bezahlen als jene, die Umwelt und Klima verschmutzen. Wer heute Ressourcen verbraucht, verursacht Umwelt- oder Klimaschäden für die er oder sie nicht aufkommen muss. Stattdessen trägt die Allgemeinheit die Nachteile aus dem privaten Ressourcenverbrauch.

Ressourcensteuern und -abgaben können dazu beitragen, dass diese gesellschaftlichen Kosten im Preis der Ressource aufgenommen werden. Sie entfalten bereits durch die Erhebung eine nachhaltige Lenkungswirkung. Doch noch überzeugender ist es, wenn die Einnahmen richtig verwendet werden, so dass sich ihre ökologische Wirkung auf doppelte Weise erschließt. Wir schlagen deshalb als ersten Schritt vor, im deutschen Bergrecht die konsequente Erhebung von Förderabgaben einzuführen. Diese sollten in erster Linie zur Beseitigung von Schäden durch die Förderung verwendet werden.



Mindestlohn einführen!

**Gesetzlichen Mindestlohn einführen und
gleichen Lohn für gleiche Arbeit in der Zeitarbeit.**

Finanz- und Wirtschaftskrise

Ein Mindestlohn ist notwendig, um alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wirksam vor Lohndumping zu schützen. Dies ist heute nicht der Fall – mit schlimmen Folgen: 6,5 Millionen Menschen müssen für einen Niedriglohn arbeiten. Gut 3,4 Millionen davon für weniger als sieben Euro in der Stunde, mehr als eine Million sogar für weniger als fünf Euro. Deswegen brauchen viele Menschen zusätzlich zu ihrem Job Hartz IV.

Wir setzen uns dafür ein, dass ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt wird, der für alle Beschäftigten in allen Branchen in ganz Deutschland gelten und mindestens 7,50 Euro betragen soll. Eine Mindestlohn-Kommission soll diese Untergrenze fortlaufend an die aktuellen Entwicklungen anpassen. Darüber hinaus soll es nach unseren Vorstellungen leichter werden, in bestimmten Regionen und Branchen Mindestlöhne zu vereinbaren oder Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären.

*Zum Weiterlesen:
Einführung flächendeckender Mindestlöhne
(Bundestagsdrucksache 17/4435)*

Armuts- und Gerechtigkeitskrise

Bildung entscheidet über Teilhabe oder Ausschluss – über sozialen Zusammenhalt, aber auch über Wettbewerbsfähigkeit. Wir wollen ein Bildungssystem, das jedem seine Chance gibt. Die Chancen von Kindern hängen noch immer vom Bildungsstand und der Herkunft der Eltern ab. Kinder aus bildungsfernen Familien werden nicht ausreichend gefördert. Sie besuchen viel häufiger Förder- und Hauptschulen und viel seltener Gymnasien und Hochschulen. Von Chancengerechtigkeit keine Rede.

Wir wollen, dass bis 2020 überall echte Ganztagschulen aufgebaut werden. In solchen Schulen ist mehr Zeit für individuelle Förderung und für Sport, Theater, Musik oder Handwerk. Dafür muss der Bund die Länder wieder in der Bildung unterstützen dürfen und das Kooperationsverbot muss fallen.

Zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Bildung und Forschung investieren – das ist unser Ziel.

Zum Weiterlesen:

*Bildungsberichte nutzen – Bildungssystem gerechter und besser machen
(Bundestagsdrucksache 17/4436)*



Jedem
seine Chance bieten.

**10 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in
Bildung und Forschung investieren.**

Schutz vor Armut

Sozialstaat verbessern:

Hartz IV-Regelsatz,
der Teilhabe ermöglicht.

Zugang zum Arbeitsmarkt für
besonders schwer Vermittelbare
ausbauen.

Garantierente einführen.

Armuts- und Gerechtigkeitskrise

Die Grundsicherung muss neu berechnet und an das gestiegene Preisniveau angepasst werden, damit soziale Teilhabe – vor allen Dingen für Kinder – gewährleistet wird.

Viele Langzeitarbeitslose, Geringqualifizierte und Menschen mit Behinderungen finden keinen Zugang zum Arbeitsmarkt. Sie gelten als schwer vermittelbar. In Deutschland sind derzeit trotz Aufschwungs und Fachkräftemangels nahezu 900.000 Menschen länger als ein Jahr arbeitslos. Wir wollen auch ihnen Chancen eröffnen – durch einen verlässlichen „sozialen Arbeitsmarkt“.

Wir setzen uns dafür ein, dass eine Garantierente eingeführt wird. Wer heute als junger Mensch ins Arbeitsleben eintritt und über die gesamte Erwerbskarriere unterdurchschnittlich verdient, dem wird durch die gesetzliche Rente ein so geringer Anteil seines Einkommens ersetzt wie in keinem anderen OECD-Land. Das muss sich ändern.

Zum Weiterlesen:

*Menschenwürdiges Dasein und Teilhabe für alle gewährleisten
(Bundestagsdrucksache 17/3435)*

Armuts- und Gerechtigkeitskrise

Zu viel Gewinn für kurzfristigen Erfolg und zu wenig Haftung für Fehler – so kann eine taugliche Vergütung nicht aussehen.

Wer für Erfolg belohnt wird, muss für Misserfolg auch gerade stehen. Dem „Bonus“ muss entsprechend ein „Malus“ gegenüberstehen. Es kann nicht sein, dass die Steuerzahlenden auch noch für extrem hohe Vergütungen aufkommen sollen. Managergehälter sollen unseres Erachtens deshalb nur bis zu einer Höhe von 500.000 Euro im Jahr voll von der Steuer abgesetzt werden können. Abfindungen sollen bis höchstens eine Million Euro pro Kopf von der Steuer abgesetzt werden können.

Wir setzen uns dafür ein, dass Manager gegenüber geschädigten Anlegern für Falschinformationen mit ihrem Privatvermögen haften. Dafür sollen Manager und Managerinnen Haftpflichtversicherungen abschließen müssen, damit Geschädigte in Zukunft nicht mehr leer ausgehen.

Zum Weiterlesen:

*Gehaltsexzesse nicht länger auf Kosten der Allgemeinheit
(Bundestagsdrucksache 17/794)*



ZUVIEL IST ZUVIEL!

**Den Wildwuchs bei Gehältern und
Abfindungen an Manager und
Investmentbanker begrenzen.**



Vermögensabgabe durchsetzen!

Lasten der Krise gerecht verteilen.

Armuts- und Gerechtigkeitskrise

Noch sind die Folgen der Finanzkrise nicht überstanden. Mit einer befristeten Vermögensabgabe wollen wir die Kosten der Finanzkrise decken. Wenn wir eine Vermögensabgabe für Millionäre einführen, können wir binnen zehn Jahren bis zu 100 Milliarden Euro einnehmen. Dieses Geld soll dafür verwendet werden, die Staatsschulden wieder abzubauen, die durch die Finanzkrise verursacht werden. Für wohlhabende Singles soll ein Freibetrag von einer Million Euro gelten, für Paare von zwei Millionen, für Kinder von 250.000 Euro. Für Betriebsvermögen soll es einen Sonderfreibetrag geben. Betroffenen wären rund 500.000 Deutsche, die höhere Vermögen ihr Eigen nennen.

Diejenigen, die von den staatlichen Rettungsprogrammen indirekt am meisten profitiert haben, nämlich die Vermögenden, sollen nun auch die Kosten der Finanz- und Wirtschaftskrise tragen, nicht die kleinen Leute. In einer solidarischen Gesellschaft müssen starke Schultern mehr tragen als schwache.

Zum Weiterlesen:

Eckpunkte einer grünen Vermögensabgabe (März 2010)

Noch Fragen?

Arbeitskreis 1 Wirtschaft und Soziales

Fritz Kuhn MdB, Politischer Koordinator AK 1

Arbeitskreis 2

Umwelt, Energie, Verbraucher und Verkehr

Bärbel Höhn MdB, Politische Koordinatorin AK 2

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

T. 030/227 56789, F. 030/ 227 56552, info@gruene-bundestag.de

www.gruene-bundestag.de

Diese Veröffentlichung informiert über unsere parlamentarische Arbeit im Deutschen Bundestag. Sie darf im Wahlkampf nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

Impressum:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Titelfoto: Corbis

Gestaltung: Stefan Kaminski

Stand: August 2011, Schutzgebühr: 0,05 €